

#Flüchtlings beratung Erhalten

**Eine unabhängige, kirchlich finanzierte
Flüchtlingsberatung sichern und stärken.**

»» Wir, Beraterinnen und Berater
aus der Regionalen Unabhängi-
gen Flüchtlingsberatung (RUF)
der EKHn und EKKW, appellieren
dringend an Kirche und Diakonie,
in der Fläche weiterhin ein staat-
lich unabhängiges Beratungsan-
gebot für Menschen im Asylver-
fahren und nach einer möglichen
Ablehnung sicherzustellen. ««

#Flüchtlings beratung Erhalten

Eine unabhängige, kirchlich finanzierte
Flüchtlingsberatung sichern und stärken.

Angesichts der politischen Entwicklungen im Bereich Flucht und Asyl sowie den Kürzungsplänen bzw. der regionalen, unabhängigen Flüchtlingsberatungen im Bereich der EKH und EKKW haben die Mitarbeitenden der Flüchtlingsberatungsstellen im Gebiet der Evangelischen Kirchen Hessen und Nassau sowie Kurhessen-Waldeck auf der FIAM Gesamtkonferenz 2024 entschieden, aus unserer eigenen Praxiserfahrung zu formulieren, warum der Erhalt dieser Beratungsstellen eine Notwendigkeit ist.

Dieses Statement ist über einen längeren Zeitraum entstanden. Die Dynamik seit dem Sommer konnten wir gar nicht berücksichtigen, aber bedauerlicherweise bestätigt sie unsere vor dem Sommer skizzierte Entwicklung in erschreckendem Maß.

Im ökumenischen Grundlagenwort „Migration menschenwürdig gestalten“ von 2021 haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland das kirchliche Selbstverständnis und die Aufgabe von Kirche an der Seite von Migrant:innen und Geflüchteten deutlich formuliert: *Die Kirchen wirken „selbst aktiv an der Gestaltung der Migrationsgesellschaft mit. Das seelsorgliche, karitative und anwaltschaftliche Engagement für und mit Migrantinnen und Migranten gehört zum Kern des kirchlichen Auftrags. Die Erfahrungen aus der Praxis der Gemeinden, Verbände, Wohlfahrtsorganisationen und Hilfswerke sind für die kirchlichen Wahrnehmungen und*

Einschätzungen im Handlungsfeld Migration wesentlich.“¹ Die regionalen Flüchtlingsberatungen wirken mit ihren Praxiserfahrungen in die Kirchen hinein. Die Haltung der Kirchen ist ein wichtiges Korrektiv im öffentlichen Diskurs zu Flucht und Migration.

„Dass weltweit 80 Millionen Menschen auf der Flucht sind, darf Christinnen und Christen nicht gleichgültig sein. Die Kirchen lassen deshalb in ihrer vielfältigen Arbeit für den Schutz und die Rechte Geflüchteter nicht nach.“²

„Die Begleitung von Geflüchteten und anderen Zuwanderungsgruppen gehört in die Mitte kirchlich-diakonischer Arbeit und hat zur Aufgabe, an deren Seite zu stehen und dies durchaus im Konflikt zum Staat, zu Gesetzen und zur vermeintlichen Mehrheitsmeinung der deutschen Gesellschaft.“³

Einer Finanzierung unabhängig von öffentlichen Geldern wurde daher bisher stets ein besonderer Stellenwert beigemessen, weil die Beratung frei von öffentlichen Vorgaben und populistischen Debatten gewährleistet sein soll – dies ist dringlicher denn je. Eine aus anderen Mitteln finanzierte vergleichbares ganzheitliches Beratungsangebot gibt es nicht und sie ist auch nicht absehbar.

Wir, Beraterinnen und Berater aus der Regionalen Unabhängigen Flüchtlingsberatung (RUF) der EKH und EKKW, appellieren dringend an Kirche und Diakonie, in der Fläche weiterhin ein staatlich unabhängiges Beratungsangebot für Menschen im Asylverfahren und nach einer möglichen Ablehnung sicherzustellen.

Situation EKHN

Bereits vor 2005 gab es im Gebiet Hessen und Nassau in der regionalen Diakonie in Darmstadt, Gießen sowie Rheinhessen hauptamtliche Asylverfahrens- und Flüchtlingsberatung. Diese wurde im Zuge der Zunahme von Asylanträgen in Deutschland ausgebaut. Seitdem weltweite Krisen und Konflikte spürbare Auswirkungen auf die Länder Europas haben, stellte die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau von 2013 bis 2025 mit dem EKHN-Flüchtlingsfonds über 20 Mio. € für unterschiedliche Bereiche in der Flüchtlingsarbeit zur Verfügung und ermöglichte somit eine umfassende und erfolgreiche Umsetzung von vielfältigen Projekten und Angeboten in den Bereichen der Flüchtlings-/ Asylverfahrensberatung, der Qualifizierung und Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements und der Flüchtlingsarbeit in Kindertagesstätten. Diese von der Landessynode gewährten finanziellen Mittel laufen Ende des nächsten Jahres aus, wodurch etablierte Strukturen in der Flüchtlingsarbeit ersatzlos aufgegeben werden müssten.

Situation EKKW

Die unabhängige Flüchtlingsberatung stellt beginnend in den 90er Jahren einen zentralen und grundlegenden Arbeitsbereich der regionalen Diakonischen Werke in Kurhessen-Waldeck dar, so dass seit vielen Jahren in sieben von neun diakonischen Werken⁴ je eine Beratungsstelle vorgehalten wurde, welche über die landeskirchlichen Diakoniezuweisungen finanziert wurde. Im Zuge der Zunahme der Anzahl von Geflüchteten wurden ab 2015 zusätzliche Mittel in Höhe von über 2,5 Mio. € bis 2022 durch die evangelische Landeskirche Kurhessen-Waldeck zur Verfügung gestellt. So konnten in den Landkreisen und den Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtung Gießen Beratungsstellen geschaffen werden, um mehr Menschen einen Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Diese finanziellen Mittel ermöglichten ein tragfähiges und sehr kompetentes Netzwerk aus Beratungsstellen und Projekten zur Unterstützung von geflüchteten Menschen sowie vielen ehrenamtlich Tätigen. Insbesondere der Bereich Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration (FIAM) in der Diakonie Hessen stärkt die Beratung vor Ort durch hochkompetente Fachberatung, Versorgung mit aufbereiteten Informationen und praxisrelevanten Fortbildungen. Hierfür sei an dieser Stelle den Landeskirchen ausdrücklich herzlich gedankt!

Aktuell nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Absenken der landeskirchlichen Zuweisungen bei gleichzeitig steigenden Personalkosten Auswirkungen

auf die Diakonischen Werke hatte und haben wird. Flüchtlingsberatungsstellen wurden bereits abgebaut oder sind akut von der Schließung bedroht.

Im Folgenden wollen wir darlegen, warum unserer Meinung nach in der aktuellen Zeit mehr denn je eine Notwendigkeit zum Bekenntnis zum menschenrechtlichen und anwaltschaftlichen Auftrag der Flüchtlingsberatung und für den Erhalt der Stellen besteht. Nur durch Erfüllung dieses Auftrages kann gewährleistet werden, dass schutzbedürftige Menschen in den komplexen aufenthaltsrechtlichen Verfahren beraten werden und nur so kann ihnen ein Zugang zum Rechtsschutz ermöglicht werden.

Vier Gründe für eine starke, sichere und unabhängige Flüchtlingsberatung

1 ... für eine regionale unabhängige Flüchtlingsberatung (RUF)

Aufgabengebiete

Der Ansatz der RUF ist ganzheitlich: Sie berät Menschen vor, im und nach dem Asylverfahren. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens ist die RUF weiterhin involviert: Im Falle eines positiven Ausgangs in Fragen der Familienzusammenführung und eines ggf. erfolgenden Widerrufsverfahrens. Im Falle eines negativen Ausgangs in der Begleitung des Klageverfahrens, der Überprüfung von alternativen Aufenthaltsrechten und Duldungsverlängerungen.

Seit ein paar Jahren sind zudem die Erstaufnahmeeinrichtungen so ausgelastet, dass die Menschen vor ihrer Anhörung beim BAMF oder dem Dublin-Bescheid in die Landkreise zugewiesen werden. Deshalb werden originäre Aufgaben der AVB in den Erstaufnahmeeinrichtungen (z.B. Anhörungsvorbereitung und Informationen zu Dublin-Verfahren) häufig durch die RUF mit abgedeckt.

Die komplexe Materie von Asylverfahren, Spezialregelungen für Asylsuchende (z.B. Arbeitsverbote, Asylbewerberleistungsgesetz - nicht nur aktuell für die Einführung der „Bezahlkarte“), Bleiberechtsregelungen und anderen Wegen aus der Duldung erfordert umfangreiches Spezialwissen und ist in der Fläche Inhalt der RUF.

Kein anderes staatlich finanziertes Beratungsangebot deckt die Zielgruppe und den Umfang des Beratungsinhalts in dieser Form ab.

Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und Jugendmigrationsdienst (JMD) beraten in den ersten drei Jahren nach Ankunft bzw. nach Erhalt der Aufenthaltserlaubnis im Schwerpunkt beim Integrationsprozess. Sie ist zugeschnitten auf Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis. Die Zielgruppe wurde inzwischen ausgeweitet, trotzdem liegt der Schwerpunkt auf Themen

gesellschaftlicher Teilhabe wie Sprachkursen, Arbeitsmarktintegration bis hin zur Einbürgerung.⁵

Die in den Regionen verteilte AVB ist nicht flächendeckend vorhanden. Zudem ist sie im Leistungskatalog ausschließlich auf Beratung zum Asylver-

» Die Flüchtlingsberatung bietet ein ganzheitliches Beratungsangebot vom Asylverfahren, über die Anerkennung eines Schutzstatus oder bei alternativen aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten wie temporärem Schutz (z.B. Geflüchtete aus der Ukraine), anderen Bleiberechtsoptionen durch Bildung und Arbeit, aber auch Klageverfahren. «

fahren und auf Menschen im Asylverfahren beschränkt. Menschen, deren Asylverfahren negativ ausging und die im Besitz einer Duldung sind, werden nicht beraten.

Die springt daher vor allem in der Fläche für alle Beratungen ein, für die es kein adäquates Angebot gibt – und steht als einzige Beratungsmodell explizit für die Fragen der Gruppe der Geduldeten zur Verfügung.

Potenzielle Problematik der staatlichen Finanzierung

Migrationsberatung (MBE), Jugendmigrationsdienst (JMD) und Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Regionen sind – im Gegensatz zur regionalen unabhängigen Flüchtlingsberatung (RUF) – staatlich finanzierte Beratungsstellen. Grundsätzlich ist die Finanzierung solcher Beratungsstellen staatliche

Aufgabe, andererseits kann das auch zu Problemen führen.

MBE und JMD sind stets von Kürzungen der Bundesmittel bedroht und betroffen, die Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Regionen wurde ebenfalls bereits kurz nach Etablierung finanziell massiv eingeschränkt. Zudem steht der

weitere Fortbestand über die aktuelle Regierungskoalition hinaus infrage. Auch können durch die staatliche Finanzierung Beratungsinhalte vorgegeben werden – dies ist bei der rein kirchlich finanzierten RUF nicht der Fall. Nur so kann die Unabhängigkeit der Beratung gewährleistet werden.⁶

2 ... für einen auch weiterhin hohen Beratungsbedarf seit 2015 und für die Notwendigkeit einer interessenvertretenden Flüchtlingsberatung

Krisen, Kriege, Konflikte – Neuer Zugang in die Beratungsstellen bei gleichzeitig bleibender Klientel

Fluchtauslösende Krisen werden in europäischen Ländern spürbarer. Genannt seien hier bspw. der Ukrainekrieg, Kriege und Konflikte in Syrien, Afghanistan, Sudan, Eritrea/Äthiopien, Iran, Israel/Palästina, Kongo, Somalia. Keiner der in den letzten Jahren begonnen Kriege ist beendet. Zudem besteht die Gefahr weiterer Eskalationen (Naher Osten, Russland und Armenien/Aserbaidschan oder auch Georgien).

Die Gesamtzahl von Menschen auf der Flucht steigt weiter an,⁷ die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist weiter auf hohem Niveau.⁸ Aufgrund hoher Anerkennungsquoten bzw. jahrelanger Dauer von Asylklageverfahren nimmt der Beratungsbedarf nicht ab. Dabei sind laut Pro Asyl sehr viele der Klagen gegen eine Ablehnung erfolgreich⁹ – das bedeutet, die von den Beratungsstellen geleistete Unterstützungsarbeit in den Asylklageverfahren macht durchaus Sinn.¹⁰

Aber auch Menschen, die letztlich nicht anerkannt werden, können Duldsgründe haben und einen Anspruch auf eine Bleiberecht (etwa aufgrund der Arbeitsmarktintegration) – für sie ist und bleibt die RUF sehr oft die einzige zur Verfügung stehende Beratungsstelle und sie bleiben als Klientel.

Die Situation des temporären Schutzes für ukrainische Geflüchtete zieht möglicherweise auch in Zukunft nochmal besonderen Beratungsbedarf nach sich, je nachdem, welche Lösungen die

Politik für diese Gruppe in Zukunft anbietet.

Rückgang des ehrenamtlichen Engagements

In der Vergangenheit füllten viele Ehrenamtsinitiativen den berühmten Satz von Angela Merkel aus.

2024 stellt sich die Situation ganz anders dar: Aus der Bundespolitik sind keine „Durchhalteparolen“ mehr zu vernehmen und an vielen Stellen sind ehrenamtliche Initiativen zurückgegangen. Dafür gibt es viele Gründe:

Ehrenamt im Spannungsfeld von prekärem Leben, langen Asylverfahren, schlechter Unterbringung, trau-

» Angesichts der Asylantragszahlen und Entwicklung in Krisenregionen besteht weiterhin die Notwendigkeit einer interessenvertretenden Flüchtlingsberatung. «

matisierten Menschen und defizitären staatlichen Integrationsangeboten ist schlicht anstrengend. Vielerorts sind ältere Mitbürger:innen aktiv und sie können das Engagement nicht über einen solch langen Zeitraum intensiv betreiben.

Auch Corona spielte und spielt hier eine große Rolle: während der Corona-Pandemie waren die Großunterkünfte nicht die besten Orte für Sozialkontakte gerade älterer Ehrenamtlicher. Viele Angebote mussten in dieser Zeit

unterbrochen werden und sind seither nicht in gleicher Intensität wieder aufgenommen worden.

Zudem binden die gängigen Patenschaftsmodelle Menschen für längere Zeit, so dass für die Neuankommenden Unterstützung nicht mehr möglich ist.

Die Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen hat bei Ehrenamtlichen weitere Kapazitäten gebunden.

Die letzten vier von 25 Stellen des EKHN-Flüchtlingsfonds für Koordination und Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements sind 2022 auslaufen.

Vor dem Hintergrund weiterer gesellschaftlicher Veränderungen müssen wir in der Beratung leider feststellen: die Politik hat den Satz "Wir schaffen das" nicht mit den notwendigen hauptamtlichen Stellen untermauert und ehrenamtliches Engagement kann diese Aufgabe nicht dauerhaft ersetzen.

In der Beratung sind Ehrenamtliche jedoch eine große Hilfe, weil sie Beratungsempfehlungen im Nachgang begleiten, weil sie niedrigschwelligen Kontakt bedeuten und über informelle Netzwerke Zugänge zu Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Ohne ehrenamtliche Unterstützung finden sich Geflüchtete sprachlich und alltagspraktisch kaum zurecht, so dass sich Exklusion und Diskriminierung noch fataler auswirken können.¹¹

Der Verlust von ehrenamtlicher Unterstützung verstärkt jedoch nicht nur die Auswirkungen der aktuellen gesellschaftlichen Krisen für die Geflüchteten selbst z.B. beim Zugang zum Wohnungsmarkt, zu Kinderbetreuung oder zu medizinischen Hilfsangeboten, sondern er erschwert auch die Arbeit der professionellen Beratungsstellen enorm und führt zu erheblichem Mehraufwand in der Beratung.

3 ... Permanenter Abbau und Missachtung von Flüchtlings- und Menschenrechten – Flüchtlingsschutz im Zusammenspiel mit dem Erstarken nationalistischer und rassistischer Weltanschauungen

Flüchtlings- und Menschenrechte sind seit Jahrzehnten im Grundgesetz, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in der Genfer Flüchtlingskonvention grundlegend verankert.

Dennoch sind die Grundpfeiler derzeit auf allen politischen Ebenen vielen Angriffen ausgesetzt.

In solchen Zeiten ist Flüchtlingsberatung mehr denn je auch Menschenrechtsarbeit.

EU: Wahlergebnisse und GEAS

Zwar gab es im europäischen Asylsystem u.a. an den EU-Außengrenzen und in Flüchtlingscamps immer schon auch Menschenrechtsverstöße, doch kam es auch zu sehr begrüßenswerten rechtlichen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Es steht zu befürchten, dass sich dies mit den Wahlergebnissen auf EU-Ebene und in den einzelnen Nationalstaaten nun ändern könnte. Die GEAS-Reform ist ein gutes Beispiel, welche verheerende Auswirkungen politische

Mehrheiten auf Menschenleben haben kann.¹²¹³

Bundesebene

Auch die innerdeutsche Debatte nimmt besorgniserregende Züge an: die völkisch-nationalistische und rassistischen Stimmungsmache der AfD hat nun auch die anderen Parteien dazu veranlasst, die Migrations- und Flüchtlingspolitik auf die Agenda zu setzen. Allerdings vermissen wir eine klare Gegenposition zu den rassistischen Plänen der AfD. Jene Stimmen, die sich eindeutig und kompromisslos zu Flüchtlings- und Menschenrechten bekennen, werden seltener und leiser. Dies zeigt sich bereits an der Verschiebung der Debatte: es wird nicht mehr von "Flucht" gesprochen. Verwendet werden die Terminologien "irreguläre" oder "illegale Migration" - und dies trotz vielfacher Krisen- und Konfliktherde weltweit.

Der Kanzler fordert Abschiebungen im großen Stil,¹⁴ die Abschiebehaft soll

ausgeweitet werden¹⁵ – obwohl schon bisher ein Großteil der verhängten Abschiebhaft rechtswidrig ist, wie Statistiken des Rechtsanwalts Peter Fahlbusch eindrucksvoll belegen (demnach seien rund 50% der Inhaftierten zu Unrecht in Abschiebungshaft).¹⁶ Die CDU hat die Streichung des Individualrechts auf Asyl in das Grundsatzprogramm aufgenommen^{17,18} und selbst die Grünen tragen das Konzept der europäischen Externalisierung von Flüchtlingsschutz mit vermeintlichen Teilverbesserungen mit. Die FDP fabuliert von weiteren Kürzungen von Sozialleistungen für Geflüchtete.¹⁹

Einen relevanten politischen Akteur mit einer dezidiert und kompromisslos menschenrechtsorientierten Politik gibt es aktuell nicht mehr.

Landesebene

Auch die Analyse des Hessischen Koalitionsvertrags (in Kurz-²⁰ und Langfassung²¹) oder die Einführung der Bezahlkarte im AsylbLG belegen, wie offensiv Flüchtlings- und Menschenrechte auch von Parteien der Mitte inzwischen zur Diskussion stehen und abgebaut werden.

Die Rede ist auch hier von einer Rückführungsoffensive, von Ausweitung der Abschiebhaft, von Errichtung von Rückführungszentren, von Verweigerung von Bleiberechten und der Durchführung von Asylverfahren außerhalb der EU.²²

Da geflüchtete Menschen in der Regel nur über die qualifizierten Beratungsangebote effektiven Zugang zum Rechtsschutz erhalten, gilt es, dieses Angebot flächendeckend vorzuhalten. Denn bei einem derart breit angelegten Angriff auf den Flüchtlingsschutz stellt die Flüchtlingsberatung nicht nur eine individuelle Hilfe dar, sondern steht für einen aktiven Einsatz des Bewahrens von Menschenrechten.

Folgen des Rechtsrucks: Notwendigkeit der Verteidigung von Menschenrechten mit einer unabhängigen Finanzierung

Die politischen Verhältnisse haben jedoch – von der ethisch-moralischen

Komponente abgesehen – auch eine massive Auswirkung auf die konkrete Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Stellen in der Unterstützungsarbeit für Geflüchtete.

Dies ist bereits erschreckend eindrucksvoll in Ostdeutschland zu beobachten.

Zivilgesellschaftliches Engagement

» Aufgrund eines steten Abbaus und der Missachtung von Flüchtlings- und Menschenrechten im Zusammenspiel mit dem Erstarken völkisch-nationalistischer und rassistischer Weltanschauungen braucht es gerade jetzt unabhängige Flüchtlingsberatungsstellen, damit Menschen nicht schutz- und rechtlos werden. «

steht besonders da unter Druck, wo die AfD-Narrative von Überfremdung, Great Reset und der angeblichen Vernachlässigung deutsch-nationaler Interessen auf fruchtbaren Boden fallen.

Rassistischen Sprüchen wird nicht widersprochen. Es kommt zu Angriffen auf Unterkünfte, zu Bedrohungen und Einschüchterungen gegenüber als migrantisch wahrgenommenen Menschen – aber auch gegen Politiker:innen und Zivilgesellschaft wie z.B. Flüchtlingsberater:innen oder Unterstützernetzwerken.²³ Über die parlamentarische Arbeit gelangt die AfD zudem an Adressen von Beschäftigten und Übersetzer:innen, was bei der Nähe zu militanten rechtsextremen Kreisen²⁴ zu einem erheblichen Risiko werden kann.²⁵

Neben den Auswirkungen der Hetze in sozialen Medien verschaffen die hohen Zustimmungswerte der AfD aber auch konkrete weitere Möglichkeiten, die demokratische Gesellschaft anzugreifen: und zwar in finanzieller Hinsicht. Ein von der AfD Sachsen beantragter Untersuchungsausschuss²⁶

zu „mutmaßlich rechtswidriger Förderpraxis bei Asyl- und Integrationsmaßnahmen“ und das dazu betriebene öffentliche Framing²⁷ setzt zivilgesellschaftliche Akteure erheblich unter Druck.²⁸ Der Dachverband Sächsischer Migrantenorganisationen hat als Konsequenz der Diskussion um die Förderpolitik bereits einen Insolvenzantrag stellen müssen.

Deswegen laufen in der ostdeutschen Zivilgesellschaft bereits strategische Gespräche, wie die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Projekte gegen die Angriffe von rechts abgesichert werden kann. In Zeiten mit hohen Zustimmungswerten für die AfD und einer Verunsicherung anderer Parteien, für wieviel Menschenrecht und

–würde man wohl noch eintreten darf, ergibt sich eine ganz klare Erkenntnis: als erstes werden kommunale Fördermittel wackeln, aber auch Landesmittel unterliegen keiner wirklichen Planungssicherheit mehr. Dass die Debatte auch Kürzungen auf Bundesebene nach sich ziehen kann, zeigt die Diskussion um die Migrationsberatung.²⁹

Daher gilt:

Es bedarf der Verteidigung von Grund- und Menschenrechten und damit einer Gewährleistung einer unabhängigen Flüchtlingsberatung - unabhängig von politischen Machtverhältnissen. Menschen brauchen Kirche und ihre Unterstützung derzeit mehr denn je.

4 ... für den Fortbestand einer unabhängigen Flüchtlingsberatung für Diakonie und Kirche

Kirchliche Mitgliedschaftsuntersuchung (KMU) – Bedeutung von Beratungsstellen für Ehrenamtliche

Bereits weiter oben wurde beschrieben, welche Bedeutung ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsberatung hat.

In der KMU wird die besondere Bedeutung von Kirche für ehrenamtliches Engagement deutlich. Kirche wird als Schaltstelle des Ehrenamtsbereichs beschrieben – zum einen, weil sich viele Kirchenmitglieder ehrenamtlich engagieren (sogar in größerem Maße als Konfessionslose), zum anderen, weil Kirche eine Wirkung in die Ehrenamtskreise hinein hat.

Wie oben bereits beschrieben, ist die Stärkung des Ehrenamts notwendig, um nachhaltige und ausreichend professionelle Strukturen zu erhalten. So ist das Angebot einer Flüchtlingsberatung auch als Absicherung von Ehrenamtsstrukturen zu verstehen, weil Ehrenamtliche nur selten die komplexe Materie der Rechtssysteme im Asylverfahren und Sozialrecht sich so professionell aneignen können, dass sie Betroffene verantwortungsvoll beraten können. Die KMU-Studie beschreibt die Ursache des ehrenamtlichen Engagements

der Mitglieder auch vor allem mit dem Angebot an Einrichtungen, Räumlichkeiten, Finanzen und Netzwerken der Kirchen – und nicht mit der religiösen Überzeugung. Dies macht die Verantwortung deutlich, die Kirche für die Zivilgesellschaft hat – und die Studie zeigt auch, dass die Mitglieder dieser Funktion eine große Bedeutung beimessen.

KMU-Studie: was wollen die Kirchenmitglieder?

Kirche verliert an gesellschaftlicher Relevanz und Akzeptanz, die Anzahl der Kirchaustritte verdeutlicht dies. Die Auswirkungen sind auf allen kirchlichen Ebenen spürbar. Auch deshalb sollte von besonderer Bedeutung sein, was die Kirchenmitglieder als zentral für die Kirche erachten.

In der kirchlichen Mitgliederuntersuchung aus 2023 der EKD gaben 86% der Befragten an, dass Kirchen Beratungsstellen für Menschen mit Lebensproblemen betreiben sollten. Dabei sollten sie sich konsequent für Geflüchtete sowie deren Aufnahme einsetzen (76% aller Befragten). Die Zustimmung nimmt mit der religiösen Bindung an die Kirche zu, sprich: die höchsten Zu-

stimmungswerte zu diesen Positionen finden sich bei den religiösen Mitgliedern, die niedrigsten Zustimmungswerten bei Konfessionslosen.

Auf die Frage hin, warum Menschen in der Kirche bleiben, ist die zweithäufigste Antwort, weil Kirche „sich für Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt und die Zukunft von Menschen einsetzt“. Menschen, die angaben, über einen Kirchenaustritt nachzudenken, würden in der Kirche verbleiben, wenn sie sich stärker gesellschaftspolitisch engagiert (43%).

Authentizität, Glaubwürdigkeit, Auskunftsfähigkeit

In der kleinen Broschüre „Zehn Überzeugungen zur Flucht und Integration aus evangelischer Sicht“ der EKD von 2023³⁰ wird zudem die Bedeutung des Einsatzes für Flüchtlinge als logische Konsequenz einer christlichen Weltanschauung zusammengefasst. Praktische Unterstützungsarbeit ist demnach die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit von Kirche und Diakonie.

Die Gesellschaft driftet auseinander. Flüchtlingsrechte werden – wie oben beschrieben – abgebaut. In diesen Zeiten sind die humanitären Positionen von Kirche und Diakonie besonders wichtig. Ihre Sichtbarkeit macht einen Unterschied in gesellschaftlichen Debatten. Sie erreicht Menschen aus unterschiedlichen Milieus. Auf diese Strahlkraft kann sich Kirche trotz der Mitgliederaustritte noch verlassen.

Kirche veröffentlicht auch im Bereich des Flüchtlings- und Menschenrechtsschutzes wertvolle Statements.

Moralische und ethische Standpunkte stehen durch die postfaktische Strategie der Neuen Rechten jedoch besonders im Fokus. Sie werden als Ideologie diffamiert. Ohne die Praxisebene ist dem wenig entgegenzusetzen. Die Expertise von Kirche und Diakonie zu Ge-

flüchteten und ihren eingeschränkten Rechten in Form von Flüchtlingsberatung und ehrenamtlichen Engagement ist die Voraussetzung dafür, in dieser Auseinandersetzung vernünftig und seriös argumentieren zu können.

Denn um in den Debatten fundiert und praxisbezogen auftreten zu können, auskunftsfähig zu bleiben, braucht es neben dem theoretischen Wissen um rechtliche Verschärfungen und die theoretischen Auswirkungen auf ge-

» Damit die evangelischen Kirchen und Gemeinden sowie Wohlfahrtsverbände auch weiterhin in den Debatten um Asyl- und Menschenrechte fundiert und praxisbezogen auskunftsfähig und glaubwürdig bleiben, braucht es die praktische Arbeit der Flüchtlingsberatung sicherzustellen. «

flüchtete Menschen auch die Berichte aus der Realität. Diese kommen aus den Beratungsstellen.

Wir als Berater:innen stehen jederzeit für Auskünfte zur Verfügung, um zu berichten, an welchen Stellen wir Verletzungen der Menschenwürde Geflüchteter beobachten können und wir können ebenso von den Erfolgen unserer Beratung und Unterstützung berichten: wenn es nämlich gelingt, den Schutzlosen die Inanspruchnahme ihrer Rechte zu ermöglichen.

Daher gilt:

Kirche als Instanz humanitärer Positionen in gesellschaftlichen und politischen Debatten braucht eine fundierte und praxisbezogene Basis.

Fazit und Appell

- > Regionale unabhängige Flüchtlingsberatung sichert den Zugang zum Rechtssystem für besonders schutzbedürftige Menschen mit eingeschränkten Rechten und wenig Kenntnis des Rechtssystems – gerade dort, wenn andere Beratungsangebote nicht zuständig oder verfügbar sind und gerade dort, wo es explizit auf spezielles aufenthaltsrechtliches Wissen ankommt, z.B. nach der Ablehnung des Asylantrags.
- > Für diesen Beratungsansatz sind keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden, alle anderen Beratungsangebote müssen auch mit Kürzungen rechnen
- > Im Vergleich zum Sommer der Migration 2015 ist die Zahl der Krisen noch näher an Europa gerückt und die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ist durch Corona und unzureichende hauptamtliche Unterstützung vielerorts weggebrochen.
- > Die hohen Zustimmungswerte zu Positionen der AfD ermöglichen direkte Angriffe auf Geflüchtete, aber auch auf die zivilgesellschaftlichen Strukturen ihrer Unterstützer:innen. Durch die Angst um Stimmenverluste getrieben, kommt es auf den verschiedenen Ebenen zu erheblichen Angriffen auf die Flüchtlings- und Menschenrechte auch seitens der übrigen Parteien.
- > Die Befragung von Menschen, die der Institution Kirche noch treu sind, offenbart den Wunsch nach konkreter Unterstützung für Geflüchtete und Kirche und Diakonie werden als Schaltstelle für ehrenamtliches Engagement bezeichnet

Aus den beschriebenen Gründen ist es umso dringlicher, dass Kirche, Diakonie und Diakonische Werke gemeinsam eine staatlich unabhängige Flüchtlingsberatung in der Fläche absichern. Es gilt gesellschaftliche und politische Voraussetzungen zu verteidigen und weiter auszubauen, damit das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein zum Tragen kommt. „Es ist unsere Aufgabe,

in der Öffentlichkeit auf eine sachliche und sachgemäße Behandlung der Fragen hinzuwirken und die ethischen Herausforderungen im Umgang mit Zuwanderern und Fremden deutlich zu machen“.³¹

Eine unabhängige Flüchtlingsberatung ist die Voraussetzung, um überhaupt eine glaubwürdige und fachlich fundierte Position zu Flüchtlingsrechten entwickeln zu können und den Angriffen auf die Flüchtlings- und Menschenrechte praktische Solidarität und den Zugang zu den verbliebenen Rechtssystemen zu ermöglichen. Eine staatlich unabhängige Flüchtlingsberatung ist die logische Konsequenz der flüchtlings- und menschenrechtlichen Positionierungen von Diakonie und Kirche.

Eine Kürzung unabhängiger Finanzmittel wäre derzeit anachronistisch. Es würden damit diejenigen alleine gelassen, die sowieso schon alles verloren haben. Sie sind die ersten, die das Erstarken der AfD auf parlamentarischer Ebene und ihres Umfelds im alltäglichen Bereich zu spüren bekommen.

Es würden aber auch jene allein gelassen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten ehren- und hauptamtlich für Flüchtlings- und Menschenrechte eingesetzt haben. Beide Gruppen stehen in ihren jeweiligen Aufgabengebieten und mit ihren jeweiligen Kompetenzen Seite an Seite und solidarisch an der Seite von Geflüchteten.

Wir machen unsere Arbeit aus Überzeugung: weil wir das, was wir tun, können und es richtig und wichtig finden. Wir erachten unsere Arbeit als notwendig und immer notwendiger werdend für den Schutz der Menschen und ihrer Rechte.

Wir bringen seit Jahren getrenntlebende Familien zusammen, bewahren Menschen vor Abschiebungen in Gefängnisse, Folter, Tod oder Elend oder helfen auch einfach nur, die rechtlich korrekten Sozialleistungen zu erhalten oder ein bestehendes Arbeitsverbot zu beseitigen.

Deshalb brauchen an erster Stelle die Geflüchteten, aber auch Unterstützer:innen, haupt- und ehrenamtlich, nicht nur christliche und ethische, sondern auch finanzielle Rückendeckung durch die Kirche.



Bitte unterstützen Sie unsere Kampagne #FlüchtlingsberatungErhalten

Unterzeichnen sie den Appell auf
www.menschen-wie-wir.de



Verbreiten Sie die Kampagne in Ihren Tätigkeitsfeldern, in
Kirchengemeinden und Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis.

Gemeinsam können wir die Beratungsarbeit für Geflüchtete stärken.



Impressum | Kontakt

Jolanta Lisowski

Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werkes Region Kassel

Jolanta.Lisowski@dw-region-kassel.de

Olaf Löhmer

Flüchtlingsberatung in der Regionalen Diakonie Rheingau-Taunus

Olaf.Loehmer@regionale-diakonie.de

Amall Breijawi

Referentin für Flucht und Asyl der Diakonie Hessen

Amall.Breijawi@diakonie-hessen.de

Eine Initiative von

Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Bergstraße · Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Darmstadt-Dieburg · Flüchtlingsberatung - Stadtteilwerkstatt Kranichstein · Regionale Diakonie Darmstadt-Dieburg · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Hanau-Main-Kinzig · Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Hochtaunus · Fachdienst Beratung und Therapie für Geflüchtete - Evangelisches Zentrum für Beratung Am Weißen Stein Frankfurt a.M. · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Fulda · Bereich Migration - Regionale Diakonie Gießen · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf · Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Oberhessen · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Region Kassel · Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Rheingau-Taunus · Café Asyl - Regionale Diakonie Rheinhessen · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg · Flüchtlingsberatung - Diakonisches Werk Werra-Meißner · Flüchtlingsberatung - Regionale Diakonie Worms

Quellen

- 1 EKD – „Migration menschwürdig gestalten“. Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD in Zusammenarbeit mit der ACKD – 2021.
- 2 ebd.
- 3 Diakonie Hessen – Rahmenkonzeption zur evangelisch-diakonischen Flüchtlingssozialarbeit in Kurhessen-Waldeck – 2012.
- 4 Übersicht über die Beratungsstellen der Diakonischen Werke Kurhessen-Waldeck.
- 5 Informationen des BMI bzgl. Der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).
- 6 Zu weiteren Aspekten hierzu siehe unten unter Punkt III.
- 7 UNO – Aktuelle Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht.
- 8 Bildungszentrale für politische Bildung – Informationen zu Asylanträgen in Deutschland
- 9 Pro Asyl – Schutzquote: Eine Statistik gegen die Frustration.
- 10 World Socialist Web Site – Jeder zweite Flüchtling klagt erfolgreich gegen Asylablehnung.
- 11 BMI – Engagement in der Flüchtlingshilfe.
- 12 Pro Asyl – GEAS-Reform im EU-Parlament: Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa.
- 13 FIAM (Diakonie Hessen) – Ausgrenzung des Asylrechts statt Flüchtlingsschutz in Europa.
- 14 Der Spiegel – Scholz und die Flüchtlingspolitik: „Wir müssen im großen Stil abschieben“.
- 15 Pro Asyl – Das Gegenteil von Verbesserungen: Das neue Rückführungsgesetz verschlimmert die Lage.
- 16 Peter Fahlbusch (Rechtsanwalt) – Statistiken zur Abschiebehaft.
- 17 CDU – Grundsatzprogramm der CDU Deutschland.
- 18 Diakonie Deutschland – Diakonie-Präsident Rüdiger Schuh zum Asyl-Beschluss im CDU-Grundsatzprogramm.
- 19 Süddeutsche Zeitung – Weniger Geld für Asylbewerber?
- 20 Diakonie Hessen, u.a. – Kurzanalyse des Koalitionsvertrages 2024-2029 der Hessischen Landesregierung.
- 21 Diakonie Hessen, u.a. – Begleitanalyse des Koalitionsvertrages 2024-2029 der Hessischen Landesregierung.
- 22 Hessische Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode (Kapitel 4).
- 23 Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – Eine alarmierende Jahresbilanz der Opferberatungsstellen. Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen – Jahresstatistik mit Hinweisen auf Zusammenhänge von AfD-Wahlerfolgen und Übergriffen.
- 24 CORRECTIV – Neue Rechte: Gewalt als Alternative.
- 25 Frankfurter Rundschau – AfD-nahe Seite verbreitet Liste mit politischen Gegnern.
- 26 MDR Sachsen – Umstrittene Fördergelder: AfD-Antrag auf Untersuchungsausschuss wird geprüft.
- 27 AfD – Organisierte Verschwendung von Steuergeld für linksgrüne Projekte beenden!
- 28 Leipziger Zeitung – Geflüchtetenarbeit in Sachsen: „Wir befürchten einen Kahl-schlag in der Integrationsarbeit“.
- 29 Tagesschau- Mittel für Migrationsberatung: Rotstift trotz Rekordzuwanderung
- 30 EKD – Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration.
- 31 Diakonie Hessen – Rahmenkonzeption zur evangelisch-diakonischen Flüchtlingssozialarbeit in Kurhessen-Waldeck – 2012.